

TOP 2 staatlich

NIEDERSCHRIFT

der staatlichen Deputation für Inneres  
am Donnerstag, den 20. Oktober 2016  
- 18. Sitzung der 19. LP -

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	<u>Beschluss:</u> Die Staatliche Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	<u>Beschluss:</u> Folgende Protokolle werden genehmigt. 2.1 Niederschrift staatlich vom 27.05.2016 2.2 Niederschrift Umlaufbeschl. 24.08.2016 2.3 Niederschrift staatlich vom 02.09.201
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	<u>Beschluss:</u> Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.
TOP 4	Vorausschauende Polizeiarbeit ermöglichen dazu Einbruchsradar - Bericht der Polizei Bremen <u>dazu</u> Antrag der Fraktion der CDU Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen <u>dazu</u> Antrag der Fraktion der FDP Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern	ausgesetzt.

TOP 5	<b>Berichtsbitte</b> <b>"Drogenkriminalität im Bahnhofsumfeld, insbesondere vor und in den dort ansässigen Geschäften und Gastronomien"</b>	<b><u>Bericht:</u></b> PP Müller berichtet, dass ein Schlag gegen den Straßenhandel mit Drogen am Hauptbahnhof und im Viertel gelungen sei. Die Arbeitsstrukturen dieser Organisation, auch von Hintermännern, konnten zerschlagen werden. Die meisten der Tatverdächtigen stammen aus Westafrika. Sechs von ihnen sitzen in Untersuchungshaft. Neben den Festnahmen wurde größere Mengen Kokain, Heroin sowie Marihuana und auch Bargeld sichergestellt. Erstmals seit Jahren sei man jetzt an übergeordnete Strukturen des Drogenhandels herangekommen und dabei in vier unterschiedliche Hierarchieebenen eingedrungen. Das stoße auch bei den Kollegen der anderen Bundesländer auf Interesse. Zum Teil seien die jugendlichen Straßenverkäufer erst in Bremen für den Drogenhandel geködert, zum Teil aber auch schon gezielt dafür in ihrer afrikanischen Heimat angeworben worden. Teil der Strategie ist, den jungen Kleindealern durch gezielte Ansprache zum Ausstieg aus der Szene aufzuzeigen. Die Szene sei verunsichert und um das Erstarken anderer Strukturen zu verhindern, wird kurzfristig eigens hierfür „Taskforce Straßendeal“ der Polizei eingesetzt. Nachfragen wurden erörtert. <b><u>Beschluss:</u></b> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
TOP 6	<b>Einrichtung von Flexibilisierungskonten zur Übernahme von Beschäftigten der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo)</b>	<b><u>Beschluss:</u></b> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7	Berichtsbitte ISTEK	<p><b><u>Bericht:</u></b> Die schriftliche Vorlage wird erörtert. Verständnisfragen zur Vorlage werden durch Staatsrat Ehmke beantwortet. Entgegen der Auffassung, die Clan-Kriminalität werde statt mit 4 Mitarbeitern nunmehr nur noch mit einer Person bearbeitet, ordnet Staatsrat Ehmke ein, dass die Informationsstelle für ethnische Clans (ISTEK) nie eine Ermittlungseinheit gewesen sei, sondern eine Informationssammelstelle, die die Fachkommissariate mit Analyseprodukten in der Vergangenheit unterstützt habe. Das sei auch künftig gewährleistet, vielmehr werden die Aufgaben der ISTEK neu geordnet und nach der geplanten Polizeireform von einer fachübergreifenden Analyse-Einheit unterstützt.</p> <p><b><u>Beschluss:</u></b> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.</p>
TOP 8	Polizei PC	<p><b><u>Beschluss:</u></b> Der Beschluss erfolgt einstimmig gemäß der Vorlage.</p>
TOP 9	Änderung der Geschäftsordnung des Senats "Interne Ermittlungen"	ausgesetzt.
TOP 10	Aktuelle Statistiken	<p><b><u>Beschluss:</u></b> Der Beschluss erfolgt einstimmig gemäß der Vorlage.</p>
TOP 11	Verschiedenes	./.
TOP 12	NICHT ÖFFENTLICH Polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Syrien-Rückkehrern	ausgesetzt.

<b>TOP 13</b>	<b>STAATLICH /STÄDTISCH Produktgruppencontrolling 06/2016</b>	<b><u>Bericht:</u></b> Senator Mäurer berichtet, dass die Prognose für den Produktplan 07 „Inneres“ hinsichtlich der kameralen Finanzdaten im Saldo ein positives Ergebnis ausweist. Konsumtiven Mindereinnahmen im Umfang von 1.011 Tsd Euro, konsumtiven Mehrausgaben im Umfang von 681 Tsd. Euro sowie investiven Mehrausgaben im Umfang von 100 Tsd. Euro stehen Minderausgaben bei den Personalausgaben im Umfang von 2.689 Tsd. Euro gegenüber. Die Mindereinnahmen werden bei der Polizei (785 Tsd. Euro), der Feuerwehr im Bereich Brandschutz (190 Tsd. Euro) sowie in den Produktgruppen des Stadtamtes (141 Tsd. Euro) erwartet. Die konsumtiven und investiven Mehrausgaben zeichnen sich im Rettungsdienst ab, in den restlichen Ausgabebereichen bestehen zur Zeit keine Risiken. <b><u>Beschluss:</u></b> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
---------------	---	---